

Bildungsstätte Anne Frank e.V.
Hansaallee 150 • 60320 Frankfurt am Main

An die Fraktionsvorsitzenden der im
Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Offener Brief zur Kritik an der Besetzung des Expertenkreises
Antisemitismus durch das Bundesministerium des Innern**

20.02.2015

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Volker Kauder,
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann,
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Gregor Gysi,
sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt,
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Anton Hofreiter,

wir wenden uns in oben stehender Angelegenheit an Sie, da der neue Expertenkreis Antisemitismus aufgrund eines fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschlusses eingesetzt wurde und die Benennung der Mitglieder von Seiten des Bundesministeriums des Innern nach Abstimmung mit Ihren jeweiligen Fraktionen erfolgt ist.

Die öffentliche Diskussion über die fehlende Berücksichtigung jüdischer Perspektiven bei der Bildung des neuen Antisemitismus-Expertenkreises des Bundesministeriums des Innern haben wir mit wachsender Sorge verfolgt, weshalb wir, jüdische und nichtjüdische Kolleginnen und Kollegen, uns nun veranlasst sehen, öffentlich Stellung zu beziehen: Einen Expertenkreis zum Thema Antisemitismus mit Fachleuten aus Wissenschaft und pädagogischer Praxis zu besetzen, ohne dabei jüdische Perspektiven zu berücksichtigen, halten wir nicht nur unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten, sondern auch aus professioneller Perspektive für ein gravierendes Problem: Zum einen negiert es die grundsätzliche Bedeutung, die den Erfahrungen und Interpretationen der von Diskriminierung Betroffenen zukommt. Zum anderen verneint es die offenkundige Tatsache, dass es zahlreiche jüdische WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen gibt, die sich in ihrer Arbeit mit Antisemitismus beschäftigen.

Bislang blieb es bedauerlicherweise fast ausschließlich jüdischen KollegInnen und VertreterInnen jüdischer Organisationen überlassen, kritisch auf die unzureichende Besetzung der Kommission hinzuweisen. Zugleich wurde in der öffentlichen Diskussion – nicht zuletzt durch die Reaktionen auf diese Kritik – der Eindruck erweckt, als läge die fachwissenschaftliche Expertise zum Thema Antisemitismus in Deutschland ausschließlich bei nichtjüdischen AkteurInnen, während die Betroffenheit von Antisemitismus eine wissenschaftliche Expertise zum Thema sogar ausschließe.

Ein solch künstlicher Antagonismus, der zudem unterstellt, dass „Nichtjuden“ keine Subjektivität zu eigen wäre, sie vielmehr mit einer objektiven Sicht ausgestattet seien, gilt in der Forschung seit der Debatte um den berühmten Briefwechsel zwischen Martin Broszat und Saul Friedländer Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eigentlich als überwunden.

Seine Persistenz in dieser Auseinandersetzung ist für unsere Demokratie umso problematischer, als dass sie zum einen Jüdinnen und Juden immer wieder zu „anderen“ macht und die Mitglieder der sogenannten „Minderheit“ nicht als politische Subjekte, sondern nur als Objekte anspricht. Zum anderen wird dadurch eine Homogenität „der Juden“ (und umgekehrt „der Nichtjuden“), ihrer Haltungen, Erfahrungen und Sichtweisen unterstellt, die es so selbstverständlich nicht gibt. Stattdessen lebt unsere wissenschaftliche und praktische Tätigkeit als Juden/Jüdinnen und Nichtjuden/jüdinnen, die seit Jahren in zahlreichen Projekten erfolgreich zusammenarbeiten, gerade von der Vielfalt der Perspektiven, vom Aufbrechen essentialistischer Zuschreibungen sowie, last but not least, vom demokratischen Geist der kritischen Debatte bei gleichzeitigem Respekt für die jeweilige *subject position*. Diese Grundhaltung werden wir nicht aufgeben und wir werden uns auch nicht auseinanderdividieren lassen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, diese problematische Konstellation aufzulösen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, d.h. jüdische Perspektiven als integralen Bestandteil der Antisemitismusforschung anzuerkennen und entsprechend im Expertenkreis Antisemitismus zu verankern. Gleichzeitig scheint es uns dringend geboten, Fachleute aus ganz Deutschland in den Expertenkreis zu berufen, um so auch regionale und lokale Spezifika und Kompetenzen entsprechend zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Meron Mendel, Direktor Bildungsstätte Anne Frank
Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin Zentrum für Antisemitismusforschung TU Berlin

Mitunterzeichnende:

Anne Broden, Leiterin Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Micha Brumlik, Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela, Alice Salomon University Berlin

Prof. Dr. Nikita Dhawan, Universität Innsbruck

Prof. Dr. Monique Eckmann, University of Applied Sciences of Western Switzerland

Prof. Dr. Julia Eksner, Frankfurt University of Applied Sciences
Prof. Dr. Liliana Ruth Feierstein, Humboldt-Universität zu Berlin
Manuel Glittenberg, Bildungsstätte Anne Frank
Prof. Dr. Andreas Gotzmann, Universität Erfurt
Prof. Dr. Benno Hafeneger, Philipps-Universität Marburg
Christa Kaletsch, Autorin und Beraterin, Frankfurt
Dr. Karen Körber, Vertretungsprofessorin Philipps-Universität Marburg
Prof. Dr. Paul Mecheril, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Technische Universität Darmstadt
Dr. Miriam Rürup, Direktorin Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg
Dr. Yasemin Shooman, Historikerin, Berlin
Prof. Dr. Benjamin Ortmeier, Goethe-Universität Frankfurt
Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg
Prof. Dr. Wolfram Stender, Hochschule Hannover
Prof. Dr. Christian Wiese, Goethe-Universität Frankfurt
Prof. Dr. Michael Wildt, Humboldt Universität zu Berlin
Prof. Dr. Gökce Yurdakul, Humboldt Universität zu Berlin